


Niederschrift

der Konstituierende Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 17.09.2014

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 243, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	19:00 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter/in:	Frau Thierbach von 17:00 – 17:15 Uhr Herr Kanngießer ab 17:15 Uhr
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 14.05.2014	
4.	Wahlen	
4.1.	Wahl des Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Ar- beitsmarkt und Gleichstellung BE: Leiter des OB für innere Verwaltung und Ratsangele- genheiten	1409/14

4.2.	Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung BE: Leiter des Bereiches OB für innere Verwaltung und Ratsangelegenheiten	1410/14
5.	Dringliche Angelegenheiten	
6.	Verweisungen aus der Sitzung des Stadtrates vom 03.09.2014	
6.1.	Anfrage nach § 10 GeschO Mobilfunksendemasten hinzugezogen: Einwohner; Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt	1282/14
6.2.	Satzung Seniorenbeirat BE: Fragestellerin Frau Stange, Fraktion DIE LINKE. hinzugezogen: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit	1496/14
6.3.	Überarbeitung KdU-Richtlinie BE: Fragestellerin Frau Stange, Fraktion DIE LINKE. hinzugezogen: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit	1527/14
7.	Festlegungen des Ausschusses	
7.1.	Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom 06.11.2013, TOP 5.2. - Vertretung im Ehrenamtsbeirat der Landeshauptstadt Erfurt - BE: Ehrenamtsbeauftragter	2200/13
7.2.	Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom 14.05.2014, TOP 4.2. Umzug KIS und Vergabe Erfurter Sozialausweis BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit	1055/14
8.	Behandlung von Entscheidungsvorlagen	
8.1.	Landesseniorenbericht kommunal umsetzen BE: Antragsteller Vertreter Fraktion DIE LINKE. hinzugezogen: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit	1618/14

9. Informationen
- 9.1. Sachbericht Zentrum für Integration und Migration 2013 **1359/14**
BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit
hinzugezogen:
Leiterin Zentrum für Integration und Migration
- 9.2. Sachbericht Schutzbund der Senioren und Vorruehständ- **1360/14**
ler - Kompetenz- und Beratungszentrum 2013
BE: Leiter Amt für Soziales und Gesundheit
hinzugezogen: Leiterin Kompetenz- und Beratungszent-
rum,
Vorstandsvorsitzende Landesverband Schutzbund der
Senioren und Vorruehständler Thüringen e.V.
- 9.3. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bildung, Soziales und Kultur eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und begrüßte alle anwesenden Ausschussmitglieder und Gäste.
Sie stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur informierte die Ausschussmitgliedern darüber, dass die Leiterin des Schutzbundes der Senioren und Vorrühständler des Kompetenz- und Beratungszentrum (TOP 9.2) schriftlich mitgeteilt hat, dass sie nicht anwesend sein kann. Aus diesem Grund bittet Sie um Vertagung der Drucksache auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch von Seiten der Ausschussmitglieder.

Frau Tillmann, Fraktion CDU, hinterfragte aus welchen Gründen eine in öffentlicher Sitzung des Stadtrates behandelte und verwiesene Drucksache im nichtöffentlichen Teil der Sitzung behandelt werden soll.

Da es sich hierbei um eine Vorberatung im zuständigen Fachausschuss handelt, ist nach den Regelungen der Thüringer Kommunalordnung eine Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung vorgeschrieben, führte die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur aus.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 14.05.2014

Die Niederschrift wurde wie folgt

genehmigt Ja 4 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0

4. Wahlen

4.1. Wahl des Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung 1409/14 BE: Leiter des OB für innere Verwaltung und Ratsangelegenheiten

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur Frau Thierbach, stellte die Anwesenheit von 9 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest. Sie gab den Hinweis, dass jedes Mitglied des Ausschusses eine Stimme hat, die durch Ankreuzen auf dem Wahlzettel wahrgenommen wird, und derjenige gewählt ist, der mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat. Bei 9 anwesenden stimmberechtigten Ausschussmitgliedern ist gewählt, wer 5 Stimmen erhält.

Für den Vorsitz des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung wurde Herr Ludger Kanngießer von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagen.

Auf die Nachfrage von Frau Thierbach, ob es weiter Wahlvorschläge gibt, erfolgte keine Wortmeldung.

Frau Thierbach eröffnete die Wahlhandlung und bat die Mitglieder an die Wahlurne. Nach Abgabe der Stimmzettel erklärte Frau Thierbach die Wahlhandlung für beendet.

Nach dem Ende der Wahlhandlung wurde durch Herrn Vogt, Bereich Oberbürgermeister, das Ergebnis der Wahl mitgeteilt.

Danach wurden

- neun Stimmzettel abgegeben,
- alle abgegebenen Stimmen waren gültig,
- auf Herrn Kanngießer entfielen neun Stimmen.

Damit wurde Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, zum Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung gewählt. Herr Kanngießer erklärte, dass er die Wahl annimmt.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur übergab die Sitzungsleitung an Herrn Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN.

Beschluss

Zum Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung wird gewählt: Herr Ludger Kanngießer.

4.2. Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung 1410/14
BE: Leiter des Bereiches OB für innere Verwaltung und Ratsangelegenheiten

Der Ausschussvorsitzende Herr Kanngießer stellte die Anwesenheit von 9 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest. Er gab den Hinweis, dass jedes Mitglied des Ausschusses eine Stimme hat, die durch Ankreuzen auf dem Wahlzettel wahrgenommen wird, und derjenige gewählt ist, der mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat. Bei 9 anwesenden stimmberechtigten Ausschussmitgliedern ist gewählt, wer 5 Stimmen erhält.

Von der Fraktion SPD wurde als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung Herr Daniel Mroß vorgeschlagen.

Auf die Nachfrage von Herrn Kanngießer, ob es weitere Wahlvorschläge gibt, erfolgte keine Wortmeldung.

Der Ausschussvorsitzende eröffnete die Wahlhandlung und bat die Mitglieder an die Wahlurne.

Nach Abgabe der Stimmzettel erklärte Herr Kanngießer die Wahlhandlung für beendet.

Nach dem Ende der Wahlhandlung wurde durch Herrn Vogt, Bereich Oberbürgermeister, das Ergebnis der Wahl mitgeteilt. Demnach wurden

- neun Stimmzettel abgegeben,
- hiervon waren acht Stimmen gültig,
- auf Herrn Mroß, Fraktion SPD, entfielen acht Stimmen.

Damit wurde Herr Mroß zum stellvertretenden Ausschussvorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung gewählt.

Herr Mroß nahm die Wahl an und bedankte sich bei den Ausschussmitgliedern.

Beschluss

Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung wird gewählt: Daniel Mroß.

5. Dringliche Angelegenheiten

Dem Ausschuss lagen keine dringlichen Angelegenheiten zur Beratung vor.

6. Verweisungen aus der Sitzung des Stadtrates vom 03.09.2014

- 6.1. Anfrage nach § 10 GeschO Mobilfunksendemasten 1282/14**
hinzugezogen: Einwohner; Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt

Da der Einwohner nicht anwesend war, schilderte der Ausschussvorsitzende Herr Kanngießer den Sachverhalt und führte zu der Vorlage aus.

Frau Tillmann, Fraktion CDU, erkundigte sich, ob der Einwohner zu der Ausschusssitzung eingeladen wurde. Der Ausschussvorsitzende bejahte dies.

Frau Dr. Klisch, Fraktion SPD, erkundigte sich, ob Probemessungen bezüglich der Strahlung durchgeführt wurden. Des Weiteren, wollte sie wissen, ob die Kommune verpflichtet ist Mobilfunksendemasten aufzustellen und wer die jeweiligen Standorte für die Mobilfunksendemasten festlegt.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur erläuterte, dass für den Bau eines Mobilfunksendemastens eine Baugenehmigung notwendig ist. Hierfür müssen unter anderem Messungen bezüglich der Strahlungen und weitere Untersuchungen durchgeführt werden.

Herr Dr. Eger, Fraktion DIE LINKE., fragte nach, ob diese Messungen direkt an dem Schulgebäude durchgeführt wurden. Er wies daraufhin, dass man den Schülern, Eltern und Lehrern konkrete Angaben zu dem Sachverhalt geben müsse.

Es erging folgende Festlegung:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung darüber zu informieren, welche Untersuchungen hinsichtlich der Strahlenbelastung durch den Mobilfunksendemasten durchgeführt wurden.	WV: 22.10.2014	DS 1800/14
--	-------------------	---------------

zur Kenntnis genommen

- 6.2. Satzung Seniorenbeirat 1496/14**
BE: Fragestellerin Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., erkundigte sich, ob sich der Seniorenbeirat schon konstituiert hat. Des Weiteren wollte sie wissen, ob es zeitlich möglich ist, die Satzung des Seniorenbeirates bis Ende 2014 überarbeitet zu haben und ob der neue Seniorenbeirat das Wahlverfahren ändern wird.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur wies daraufhin, dass sich der Seniorenbeirat am Dienstag den 23.09.2014 konstituieren wird. In der konstituierenden Sitzung wird der Seniorenbeirat sich eine Geschäftsordnung geben und einen Vorsitzenden wählen.

Frau Stange schlug vor den Tagesordnungspunkt zu verschieben, bis der Seniorenbeirat sich konstituiert hat.

Dieser Vorschlag fand keine Zustimmung bei den Ausschussmitgliedern.

Frau Tillmann, Fraktion CDU, wies auf die Mitwirkung des Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung hin, welche aus dem § 2 Abs. 1 der Satzung des Seniorenbeirates entstehen.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur erläuterte, dass das weitere Verfahren an dem neuem Seniorenbeirat hängt. Erst wenn dieser sich konstituiert hat, können die Details besprochen werden.

Durch die Ausschussmitglieder erging folgende Festlegung:

Durch die Verwaltung wird der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung über den aktuellen Sachstand der Änderung der Satzung des Seniorenbeirates informiert.	WV: 22.10.2014	DS 1801/14
--	-------------------	---------------

zur Kenntnis genommen

- 6.3. Überarbeitung KdU-Richtlinie 1527/14**
BE: Fragestellerin Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., erläuterte, dass bezahlbarer Wohnraum nach den Sätzen der KdU-Richtlinie in der Landeshauptstadt Erfurt fast nicht mehr vorhanden ist, da die Mietpreise gestiegen sind.

Frau Tillmann, Fraktion CDU, wies daraufhin, dass die Folge einer Überarbeitung der KdU-Richtlinie mit einer Anhebung der Sätze eine Mietpreiserhöhung sein wird.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur wies daraufhin, dass die Landeshauptstadt keinen großen Spielraum hat, da die Handlungsfähigkeit bei dem Land Thüringen liegt.

Die zuständige Mitarbeiterin des Amtes für Soziales und Gesundheit führte zu der Thematik aus.

zur Kenntnis genommen

7. Festlegungen des Ausschusses

- 7.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom 06.11.2013, TOP 5.2. - Vertretung im Ehrenamtsbeirat der Landeshauptstadt Erfurt - BE: Ehrenamtsbeauftragter 2200/13

Herr Möller, Fraktion SPD, erkundigte sich, ob der Ehrenamtsbeirat schon berufen wurde und die Möglichkeit bestehe einen Bericht über die bisherige Arbeit des Ehrenamtsbeirates als Information im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung zu bekommen.

Der Ehrenamtsbeauftragte erläuterte, dass der Ehrenamtsbeirat am 16.07.2014 berufen wurde und ein Bericht über die vergangenen Arbeiten des Ehrenamtsbeirates im Hauptausschuss vorgelegt wurde.

Durch die Ausschussmitglieder erging folgende Festlegung:

Die Verwaltung soll ein Bericht über die bisherige Arbeit des Ehrenamtsbeirates erarbeiten und im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung vorlegen. Hierzu soll der Ehrenamtsbeauftragte und der Beiratsvorsitzende eingeladen werden.	WV: 22.10.2014	DS 1802/14
--	-------------------	---------------

zur Kenntnis genommen

- 7.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom 14.05.2014, TOP 4.2. Umzug KIS und Vergabe Erfurter Sozialausweis 1055/14
BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit

Herr Möller, Fraktion SPD, erkundigte sich, in wie weit das Gebäude in der Berliner Straße für andere soziale Zwecke genutzt werden kann.

Hierzu führte die zuständige Mitarbeiterin des Amtes für Soziales und Gesundheit aus. Danach sei der Bedarf des Amtes an Räumlichkeiten derart hoch, dass Dritten diese Flächen nicht zur Verfügung gestellt werden könnten.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., fragte nach, ob die Bibliothek in diesem Gebäude untergebracht werden könnte. Dies wurde durch die zuständige Mitarbeiterin des Amtes für Soziales und Gesundheit mit Verweis auf die statischen Voraussetzungen verneint.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., erkundigte sich ab wann die überarbeitete Verwaltungsrichtlinie in Kraft tritt. Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziale, Bildung und Kultur erläuterte das Verfahren (Unterschrift des Oberbürgermeisters).

Der Ausschussvorsitzende Herr Kanngießler erkundigte sich bei der zuständigen Mitarbeiterin des Amtes für Soziales und Gesundheit, woher die Beträge des Eigenbetrags in der überarbeiteten Verwaltungsrichtlinie unter 3.5 Vermögen in der Synopse stammen. Die zu-

ständige Mitarbeiterin des Amtes für Soziales und Gesundheit erläuterte, dass diese Beiträge mit denen aus dem SGB XII übereinstimmen.

zur Kenntnis genommen

- 8. Behandlung von Entscheidungsvorlagen**
- 8.1. Landesseniorenbericht kommunal umsetzen 1618/14**
BE: Antragsteller Vertreter Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit

Die folgenden Nachfragen der Ausschussmitglieder wurden durch die zuständige Mitarbeiterin des Amtes für Soziales und Gesundheit, sowie von der Bürgermeisterin und Beigeordneten für Soziales, Bildung und Kultur beantwortet:

- Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., erkundigte sich, wie die kommunale Umsetzung des Landesseniorenbericht in Bezug auf das Mehrgenerationen und das barrierefreie Wohnen erfolgt. Des Weiteren, fragte sie nach, ob die fachlichen Diskussionen aus dem Ausschuss dem Stadtrat zur Beratung vorgelegt werden.
- Frau Dr. Klisch, Fraktion SPD, äußerte ihre Zustimmung zum letzten Absatz der Stellungnahme der Stadtverwaltung. Für eine fachliche Diskussion im Ausschuss sollten die wesentlichen Aussagen des Landesseniorenberichtes vorgelegt werden. Sie wies daraufhin, dass eine Abfrage der regionalen Ergebnisse interessant für die Beratung im Ausschuss wäre.
- Herr Engemann, sachkundiger Bürger, hinterfragte, ob der Landesseniorenbericht auch planungsraumbezogen eingeteilt ist. Dies würde er befürworten, um die spezifischen Bedürfnisse der Senioren in den jeweiligen Planungsräumen zu diskutieren.
- Herr Möller, Fraktion SPD, erkundigte sich, ob die Fragebögen der 303 befragten Senioren für die Ausschussmitglieder einsehbar sind, da diese für eine Beratung im Ausschuss interessant wären.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur schlug vor, dass die Ausschussmitglieder die Schwerpunkte für die Beratung des Landesseniorenberichtes im Ausschuss benennen und zu den jeweiligen Schwerpunkten Zuarbeiten der Ämter erfolgen.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., schlug eine Vertagung der Drucksache vor. Der Ausschussvorsitzende Herr Kanngießler, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, stellte den Antrag auf Vertagung zur Abstimmung.

Der Vertagung wurde einstimmig zugestimmt.

Durch die Ausschussmitglieder erging folgende Festlegung:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung hinsichtlich des Landesseniorenbericht bezogen auf die regionalen Besonderheiten und mit den Schwerpunkten zum altersgerechten Wohnen und Mobilität zu informieren.	WV: 2. Quartal 2015	DS 1804/14
---	------------------------------	---------------

vertagt

9. Informationen

- 9.1. Sachbericht Zentrum für Integration und Migration 2013 1359/14**
BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit
hinzugezogen:
Leiterin Zentrum für Integration und Migration

Die Leiterin des Zentrums für Integration und Migration führte zu dem Sachbericht 2013 aus.

Herr Möller, Fraktion SPD, wies auf die auftretenden Alltagsprobleme (Rassismus, Probleme im Umgang in der Schule) der Flüchtlinge hin. Er fragte nach, ob das Zentrum für Integration und Migration eng mit Schulleitern zusammenarbeiten bzw. ob im Netzwerk Schulleiter mitarbeiten würden, um den Problemen im Schulalltag entgegen zu wirken. Die Leiterin des Zentrums führte hierzu aus.

Herr Horn, Fraktion CDU, erkundigte sich welche Gründe zu dem Rückgang von Angeboten geführt haben (Sachbericht, Seite 4). Er fragte auch nach, welche Gründe für die Schwierigkeiten der Vergabe der Kindergartenplätze vorlagen.

Die zuständige Mitarbeiterin des Amtes für Soziales und Gesundheit erläuterte, dass die Angebote aus finanziellen Gründen nicht mehr angeboten werden konnten. Auf die Förderung durch den städtischen Haushalt wird verwiesen: zum einen Förderung des ZIM und zum anderen Förderung der Vereine, die Mitglied im ZIM sind (Projektförderung). Durch mehr Berücksichtigung im Haushalt, könnten mehr Angebote getätigt werden. Ergänzt wurden die Ausführungen durch die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur.

Bezug nehmend auf die Kindertagesplätze erläuterte die Leiterin des Zentrums für Integration und Migration, dass der Grund daran lag, dass es generell zu wenige Plätze zur Verfügung stehen und auch die Praxis der Vergabe den Migranten schwer zu vermitteln sei. Generell sei jedoch die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt gut und die Unterstützung würde immer gewährt.

Herr Engemann, sachkundiger Bürger, wollte wissen, ob es eine Zusammenarbeit zwischen dem Zentrum für Integration und Migration und dem Welcome-Center, welches neu in Erfurt eröffnet wurde, gibt.

Die Leiterin des Zentrums für Integration und Migration erläuterte, dass gerade ein Schnittstellenpapier erarbeitet wird.

Frau Tillmann, Fraktion CDU, erkundigte sich bei der Leiterin des Zentrums, ob für die Flüchtlinge, welche demnächst nach Erfurt kommen, die Integration in dem jeweiligen Stadtviertel gewährleistet ist.

Durch die Ausschussmitglieder wurde folgende Festlegung getroffen:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung über den eventuellen vorhandenen "Alltagsrassismus an den Schulen" zu informieren und die Aktivitäten sowie die eingeleiteten Maßnahmen zur Bekämpfung des Rassismus an Schulen darzustellen.	WV: 22.10.2014	DS 1805/14
---	-------------------	---------------

zur Kenntnis genommen

- 9.2. Sachbericht Schutzbund der Senioren und Vorruheständler - Kompetenz- und Beratungszentrum 2013** **1360/14**
BE: Leiter Amt für Soziales und Gesundheit
hinzugezogen: Leiterin Kompetenz- und Beratungszentrum,
Vorstandsvorsitzende Landesverband Schutzbund der Senioren und Vorruheständler Thüringen e.V.

Siehe TOP 2 Änderung der Tagesordnung

vertagt

- 9.3. Sonstige Informationen**

Es wurden keine sonstigen Informationen zu Protokoll gegeben.

Thierbach
Sitzungsleiterin

Kanngießer
Vorsitzender


Schriftführerin